



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelauer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **Mk. 2,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Der Stand der Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Königreich Sachsen	259	Privatversicherung. Fünfte Generalversammlung der Volksfürsorge	265
Kriegsfürsorge. Die Versorgung mit Möbeln und Hausrat	261	Mitteilungen. Für die Verbandsexpeditionen. — Quittung der Generalkommission über Quartalsbeiträge	266
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	263	Literarisches. Neuer erschienene Bücher und Schriften	266
Kongresse. 18. Verbandstag der Völkler Deutschlands	264	Hierzu: Arbeiterrechtsbeilage Nr. 7.	

Der Stand der Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Königreich Sachsen.

Die Stiftung Heimatkant konnte am Schlusse des Jahres 1915 einen Vermögensbestand von 2 668 918 Mk., Ende 1916 einen solchen von 3 812 482 Mk. aufweisen. Im allgemeinen fällt der unter dem Vorsitz des Ministers des Innern stehenden Stiftung die Aufgabe zu, für die Organisation und die gesamte Tätigkeit im Dienste des Stiftungszwecks die leitenden Gesichtspunkte aufzustellen, die Arbeit der Vereine ausgleichend zu unterstützen, nach Bedarf selbst Anstalten zu errichten, Veranstaltungen zu treffen und Unternehmungen zu betreiben, mit zweckverwandten Organisationen im Reich, in anderen Bundesstaaten und im Königreich Sachsen Verhandlungen zu führen und Vereinbarungen zu treffen.

In die eigentliche Fürsorgetätigkeit greifen so dann die über die fünf Regierungsbezirke verteilten Kreisverbände ein, besonders da, wo sie sich der Berufsberatung, -ausbildung und -umschulung widmen. Auch die Kreisverbände können mit einem achtbaren Vermögensbestand aufwarten, der Ende 1915 171 487 Mk., Ende 1916 aber 450 592 Mk. betrug, sich aber auf die einzelnen Verbände sehr unterschiedlich verteilt. So ist im Jahresbericht das Vermögen angewachsen bei dem Kreisverband Zwickau um 26 Proz. auf 21 651 Mk., beim Kreisverband Chemnitz um 105 Proz. auf 72 979 Mk., beim Kreisverband Bautzen um 108 Proz. auf 38 940 Mk., beim Kreisverband Dresden um 131 Proz. auf 123 564 Mk. und beim Kreisverband Leipzig um 311 Proz. auf 193 458 Mk.

Der Schwerpunkt der Fürsorgetätigkeit, der sich hauptsächlich auf Gewährung von Darunterstützungen und auf Unterbringung in geeigneten Arbeitsstellen erstreckt, liegt in den Vereinen Heimatkant, deren es 103 gibt und die sich, auf die Städte sowohl wie für rein ländliche Bezirke über das ganze Königreich verteilen. Ende des Jahres 1915 zählten diese Vereine 116 525 Mitglieder, hatten Einnahmen aus laufenden Mitgliedsbeiträgen 582 307 Mk. und ein Gesamtvermögen von 1 252 228 Mk. Ende des Jahres 1916 war die Mitgliederzahl auf 153 009, die Einnahme aus Mitgliedsbeiträgen auf 862 114 Mk. und das Vermögen auf 5 969 567 Mk. gestiegen. Sonach betrug am Jahreschluss 1916 das Vermögen der Stif-

tung, der 5 Kreisverbände und der 103 Vereine insgesamt 10 232 643 Mk.

Den stärksten Verein weist 1916 die Stadt Chemnitz mit 9052 (1917: 9482) Mitgliedern auf, ihm folgt der Verein in der Stadt Dresden mit 8264 (1917: 8496) Mitgliedern, während der Verein Leipzig-Stadt mit nur 2205 (1917: 2544) Mitgliedern in der Mitgliederzahl von 20 ländlichen Vereinen überholt wird und der Verein für die Stadt Plauen i. V. mit nur 871 Mitgliedern erst an 44. Stelle kommt.

Die Mitgliederzahl ist aber für die Leistungsfähigkeit der Vereine nicht von ausschlaggebender Bedeutung, weil die Beschaffung der Mittel nicht allein auf dem Wege der Erhebung ordentlicher Mitgliederbeiträge erfolgt. So verzeichnete der Verein Dresden-Stadt bis Ende des Jahres 1917 an Einnahmen aus ordentlichen Mitgliederbeiträgen 210 478 Mark., aus Beiträgen stiftender Mitglieder (das sind solche Personen, die einen Beitrag von mindestens 1000 Mk. zahlen) aber 780 340 Mk., der Verein Leipzig-Stadt in derselben Zeit aus ordentlichen Mitgliederbeiträgen 187 655 Mk., aber aus Beiträgen stiftender Mitglieder 763 113 Mk., der Verein Leipzig-Land bis Ende 1916 35 054 Mk. aus ordentlichen Mitgliederbeiträgen und 197 488 Mk. aus Stiftungen und einmaligen Beiträgen, und beim Chemnitzer Verein betragen im Jahre 1917 die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen 71 763 Mk., die einmaligen Zuwendungen aber 468 666 Mk. Aber auch abgesehen von den Stiftungen scheint in den großstädtischen Vereinen eine schärfere Vereinziehung der ordentlichen Mitglieder zu erfolgen. Die 4 sächsischen Großstädte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen umfassen etwa den dritten Teil der sächsischen Bevölkerung, sie hatten — nach einer Zusammenstellung der Stiftung Heimatkant über den Stand der Vereine Ende 1916 — nur 20 392, also noch nicht den 7. Teil der Gesamtmitglieder der Vereine Heimatkant aufzuweisen, brachten aber 224 249 Mk. aus laufenden Mitgliederbeiträgen auf, das ist mehr als der 4. Teil der Mitgliederbeiträge in sämtlichen sächsischen Vereinen.

Es ist bemerkenswert, daß, nach der Kopffzahl der Bevölkerung berechnet, die Vereine Heimatkant in den ländlichen Bezirken durchgängig einen verhältnismäßig höheren Mitgliederstand aufweisen als die Vereine in den größeren Städten. Im Regie-

unterhält auch eine besondere Berufsberatungs- und Arbeitsvermittlungsstelle für Kriegerrwitwen, durch die im Jahre 1917 18 Kriegerrwitwen Berufsausbildung und 1182 Arbeit zugewiesen erhielten. Diese Stelle steht auch Kriegerrmüttern und Ehefrauen Kriegsbeschädigter zur Verfügung. Die Stellenvermittlung des Chemnitzer Vereins wurde 1917 von 303 Witwen in Anspruch genommen.

Der Hinterbliebenenfürsorge wird, wie schon die hierfür aufgewendeten Ausgaben zeugen, viel Beachtung geschenkt. Beim Dresdener Verein gingen im Jahre 1917 2223 Gesuche ein. Unter den bewilligten Unterstützungen befinden sich u. a. solche für ärztliche Behandlung, Beihilfen zu Bädereisen, Weihnachtsgaben für Kriegswaisenkinder und Konfirmandenausstattungen. Beim Chemnitzer Verein gingen im letzten Jahre 932 Neuanmeldungen von Kriegerrwitwen ein, so daß die Kartothek einschließlich 40 Kriegerrältern und 80 Wollwaisen jetzt 2530 Nummern aufweist. In Leipzig betrug im letzten Jahre die Zahl der Unterstützungsfälle Kriegshinterbliebener 5412 gegenüber 2135 Fälle, die Kriegsbeschädigte betrafen. Es sind hier allein von Hinterbliebenen einschließlich der Mietbeihilfen im letzten Jahre 75 180 Mk. mehr aufgewendet worden als im Jahre zuvor.

Wie aus dem Leipziger Bericht ersichtlich, hat das Stellvertretende Generalkommando verfügt, daß Kriegsbeschädigte, die bürgerlicher Berufsberatung bedürfen, bereits vor der Entlassung der zuständigen Heimatdankstelle zu melden sind, wodurch eine restlose Erfassung aller Kriegsbeschädigten herbeigeführt ist. Im übrigen unterhalten die Heimatdankvereine einen regen Verkehr mit den Versorgungsabteilungen der Militärverwaltung, um hier die Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zu wahren. Mit verschiedenen anderen Einrichtungen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, stehen die Heimatdankorganisationen in ständiger Verbindung, so mit dem Frauendank, dem Jugenddank, dem akademischen Hilfsbund, dem Kriegerrdank des sächsischen Lehrervereins, dem Landesauschuß vom Roten Kreuz, der Nationalstiftung, der Reichsmarine-Stiftung usw.

Durch besondere Stiftungen und Zuwendungen für besonders Arme erfährt die Fürsorgetätigkeit vielfach eine Erweiterung. In hervorragendem Maße wird die Kriegsblindenfürsorge geübt. Bis Ende 1916 waren im Königreich Sachsen 84 Kriegsblinde bekannt. Mit der Kriegstuberkulosefürsorge hat sich die Tagung des Landesrats der Stiftung Heimatdank im Dezember v. J. beschäftigt. Es sind Maßnahmen eingeleitet worden, die sich auf den Ausbau dieses Fürsorgezweiges, auf die Unterbringung in Heil- und Pflegestätten und auf die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses für Kriegstuberkulose erstrecken. Schließlich ist der Vorstand der Stiftung Heimatdank ermächtigt worden, wegen Ausgestaltung der Veteranenfürsorge im Königreich Sachsen, die den ohne Rente entlassenen, aber hilfsbedürftig gewordenen Kriegsteilnehmern zugute kommen soll, mit dem in Gründung begriffenen Reichskriegerrdank und anderen Organisationen zu verhandeln.

Es entsteht nunmehr die Frage, inwieweit die Heimatdank-Organisation auch nach dem Kriege den recht erheblichen Anforderungen gerecht werden könne. Man wird in Rechnung stellen müssen, daß die Quellen, aus denen jetzt in der Hauptsache die Gelder dem Heimatdank zufließen, nach und nach schwächer werden, während die Hilfsbedürftigkeit der Kriegsteilnehmer und der Hinterbliebenen nicht in

gleichem Maße abnimmt, ja vielleicht, je nach der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, noch weiter steigt. Da ist nicht uninteressant, wie der Rat der Stadt Leipzig die künftige Wirksamkeit des Heimatdank für die Zeit der Uebergangswirtschaft und darüber hinaus zu sichern gedenkt. Auf eine Eingabe des Leipziger Gewerkschaftskartells betreffend Maßnahmen zum Wiederaufbau und zur Neugestaltung wirtschaftlicher Einrichtungen antwortet der Stadtrat, daß die Hilfeleistung für entlassene Kriegsteilnehmer und für Kriegerrangehörige in der Hauptsache die Aufgabe des Vereins Heimatdank bleiben werde. Der Stadtrat werde auch künftig dafür eintreten, a) daß die unterstützende Tätigkeit des Heimatdankes vermehrt und ihm hierfür größere Mittel zur Verfügung gestellt werden als bisher, und daß es nicht angeht, ihm diese Mittel lediglich auf dem Wege der Wohltätigkeit zuzuführen, b) daß ein engeres und stärkeres Zusammenarbeiten zwischen dem Ortsverein des Heimatdankes und dem Kreisverein desselben geschaffen werde. Dabei muß insbesondere darauf hingewirkt werden, daß der letztere noch mehr als jetzt Unterrichtsstätten für das Umlernen und Anlernen der Kriegsbeschädigten einrichtet und unterhält, c) daß die Berufsberatung weiter ausgebildet werde, d) daß neben dem Heimatdank der Arbeitsnachweis mehr als jetzt auch für die beschädigten Kriegsteilnehmer eingerichtet, und daß dahin gewirkt werde, daß sich bei der Berufsberatung des Heimatdankes und im Arbeitsnachweise neben den ehrenamtlichen Arbeitskräften auch besoldete Kräfte der im Interesse der Kriegsteilnehmer notwendigen Arbeiten annehmen. Soweit aber außer der Hilfeleistung des Heimatdankes auch noch andere Mittel, z. B. solche der Armenpflege angewendet werden müssen, will der Rat der Stadt Leipzig dafür eintreten, daß die rechtliche Auffassung von der Armenunterstützung geändert und dafür gesorgt werde, daß die mit ihr gegenwärtig verbundenen öffentlich rechtlichen Nachteile wenigstens hinsichtlich der den heimkehrenden Kriegerrn und ihren Familien gewährten Unterstützungen verschwinden.

Nach den vorstehenden Darlegungen erübrigt es sich, erneut auf die Frage einzugehen, ob sich die Arbeiterschaft an den Heimatdankorganisationen beteiligen soll. Die Antwort hierauf ist bereits dadurch gegeben, daß die Arbeiterschaft, trotz mancher gegenwärtigen Auffassung, an dieser Einrichtung beteiligt ist und die bisherige Entwicklung des Heimatdankes hat gezeigt, daß dieser Standpunkt richtig war und auch weiterhin beibehalten werden muß. A. L.

Kriegsfürsorge.

Die Versorgung mit Möbeln und Hausrat.

Während in den ersten beiden Kriegsjahren eine starke Zurückhaltung im Kauf von Möbeln und Einrichtungsgegenständen zu beobachten war, hat sich im dritten und noch mehr im vierten Kriegsjahre eine gewaltige Steigerung des Bedarfs an Hausrat bemerkbar gemacht. Heute kann die Nachfrage durch das Angebot bei weitem nicht ausgeglichen werden, so daß ohne Uebertreibung von einer wachsenden Möbelnot, die sich der ständig zunehmenden Wohnungsnot zugesellt, gesprochen werden kann. Diese Sachlage hat bereits eine geradezu ungeheuerliche Preissteigerung auf dem Möbelmarkt zur Folge gehabt, eine Preissteigerung, die zu einem guten Teil auf die rücksichtsloseste „Ausnutzung der Konjunktur“ zu wucherischer Bereicherung durch

rungsbezirk Bautzen bilden die Mitglieder in den Vereinen der beiden Städte Bautzen und Rittau 3,8 Proz. der Einwohner, in den Vereinen der 4 Amtshauptmannschaften dieses Bezirkes aber 6,8 Prozent. Der Verein Chemnitz-Stadt verzeichnet an Mitgliedern 3 Proz. der Einwohner, während in den Vereinen der 6 Amtshauptmannschaften der Prozentfuß auf 3,2 steigt. Die Vereine in Dresden, Freiberg und Meißen haben 1,7 Proz. der Einwohner als Mitglieder, die Vereine in den Amtshauptmannschaften des Dresdener Regierungsbezirks aber 4,8 Prozent. Im Leipziger Regierungsbezirk bilden die Mitglieder des Heimatdankvereins der Stadt Leipzig 0,3 Proz., die Mitglieder der Vereine in den Amtshauptmannschaften aber 3,7 Proz. der Einwohner. In den Städten Plauen und Zwickau sind 1 Proz. der Einwohner Mitglieder des Vereins Heimatdank, in dem Verein der Amtshauptmannschaft des Zwickauer Regierungsbezirks aber machen die Vereinsmitglieder 3,1 Proz. der Einwohner aus. Es ist kaum anzunehmen, daß in den ländlichen Bezirken der Kriegsbeschädigtenfürsorge größeres Interesse entgegengebracht wird als in den Städten, wohl aber ist anzunehmen, daß die Werbetätigkeit für die Vereine, besonders das Werben von Person zu Person, wesentlich leichter ist als in den großen Städten, wo ohnedies der einzelne für Fürsorgeeinrichtungen und soziale Aufgaben mehr in Anspruch genommen wird, andererseits aber auch in der Masse der Einwohner leichter untertauchen und sich solchen Aufgaben leichter entziehen kann.

Wollte man die Leistungsfähigkeit der einzelnen Vereine nach ihrem Vermögensstande vom Ende des Jahres 1916 beurteilen, so müßte der Verein Heimatdank in der Stadt Dresden mit 607 035 Mk. (Ende 1917: 1 327 285 Mk.) obenanstehen. Ihm folgt der Heimatdank für die Stadt Leipzig mit einem Vermögen von 524 515 Mk. (Ende 1917: 921 082 Mk.), Chemnitz-Stadt mit 438 692 Mk. (Ende 1917: 826 069 Mk.), Trimmitschau mit 249 883 Mk., Dresden-Land mit 216 105 Mk., Zwickau-Land mit 211 991 Mk., weitere 9 Vereine haben über 100 000 Mk. und die übrigen ein Vermögen unter diesem letzteren Betrage.

Leider fehlt eine zusammenfassende Uebersicht über die tatsächlichen Leistungen der einzelnen Vereine Heimatdank. Das ist entschieden ein Mangel, auf dessen Abstellung hingewirkt werden müßte. Will man sich heute über die Fürsorgetätigkeit der Vereine Heimatdank unterrichten, so muß man schon auf einzelne Vereinsberichte zurückgreifen, soweit solche überhaupt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Am umfangreichsten wird sich die Fürsorgetätigkeit wohl in den Großstädten gestalten. Bilden doch die Großstädte nicht nur infolge der auch auf anderen Gebieten liegenden Unterstützungsmöglichkeit, sondern auch wegen der günstigeren Unterbringung in geeignete Arbeitsstellen einen natürlichen Anziehungspunkt. Bei den Kriegsbeschädigten kommt noch hinzu, daß sie durch die Ansammlung in den Lazaretten und durch die im wesentlichen in den Großstädten bestehenden Einrichtungen für Berufsberatung und Berufsausbildung auch für die Fürsorgeeinrichtungen des Heimatdank verhältnismäßig zahlreicher in Betracht kommen als in kleinen Städten und Landbezirken. Schließlich stellen an sich die Großstädte aus ihrer eigenen Einwohnerschaft heraus einen recht großen Teil Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener.

Es sind deshalb die Tätigkeitsberichte der Heimatdankvereine der drei größten Städte Sachsens, Dresden, Leipzig und

Chemnitz, für das Geschäftsjahr 1917 sehr beachtenswert. Bezüglich der Mitgliederzahl steht Chemnitz an erster, Dresden an zweiter und Leipzig an dritter, letzter Stelle, bei den Einnahmen aber rückt Chemnitz an die letzte Stelle, während Dresden an erster Stelle steht und Leipzig sich in der Mitte hält. Dagegen nimmt bei den Ausgaben Leipzig den ersten Platz ein, dann folgt Dresden und zuletzt Chemnitz.

Die im Jahre 1917 gewährten **U n t e r s t ü t z u n g e n** betragen bei den Vereinen Heimatdank in

	Dresden	Leipzig	Chemnitz
a) an Kriegsbeschäd.	47 506 Mk.	59 138 Mk.	74 964 Mk.
b) an Hinterbliebene	41 845 „	118 286 „	74 947 „
zusammen	89 351 Mk.	172 424 Mk.	149 911 Mk.

Hinzu kommen in Leipzig noch 11 807 Mk., die als Darlehen gewährt worden sind und 31 865 Mk. Mietbeihilfen an Hinterbliebene. Es sind (abgesehen von den letzten Ziffern) für direkte Unterstützungen von den Gesamteinnahmen verwendet worden in Dresden 11,6 Proz., in Leipzig 33,7 Proz. und in Chemnitz 41,8 Proz. Von dieser Unterstützung entfallen in Dresden 53,1 Proz. auf Kriegsbeschädigte und 46,8 Proz. auf Hinterbliebene, in Leipzig 34,8 Proz. auf Kriegsbeschädigte und 65,7 Prozent auf Hinterbliebene und in Chemnitz etwa je die Hälfte auf Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Aus den Jahresberichten der genannten Vereine ist auch zu ersehen, wie neben der Gewährung von Barunterstützung besonders auf dem Gebiete der Berufsausbildung gewirkt worden ist. In Dresden sind 22 865 Mk. für Berufsausbildung und 4638 Mk. für die Einarmigenschule ausgegeben worden. Dem Kriegsverletzten im Regierungsbezirk Dresden wird Berufsausbildung und Teilnahme an den beim Heimatdankverein Dresden bestehenden Unterrichtskursen gewährt, den aus den beiden Amtshauptmannschaften Dresden stammenden außerdem auch Berufsberatung. An den Lehrgängen sind bis 1. November 1917 3609 Kriegsbeschädigte beteiligt gewesen.

In Chemnitz wurden im letzten Jahre in 1410 Fällen Berufsberatungen und 289 Versicherungsauskünfte erteilt. Bis Ende 1917 waren in der Einarmerschule 375 Teilnehmer ausgebildet. Außerdem nahmen 1336 Kriegsbeschädigte an verschiedenen Lehrgängen teil.

Im Leipziger Regierungsbezirk wird die Aufgabe der Berufsausbildung vom Kreisverband durchgeführt, der zu diesem Zwecke bis Ende 1916 für die einzelnen Lehrgänge 38 234 Mk., für Lern- und Lehrmittel 3803 Mk. und für Unterhaltungszuschüsse an in der Ausbildung begriffene Kriegsbeschädigte 3028 Mk. aufgewendet hat. Allein von dem Leipziger Verein wurden im letzten Jahre zum Zwecke ihrer Aus- und Umbildung 1610 Kriegsbeschädigte dem Kreisverband zugewiesen. Die Berufsberatung, an der auch mehrere Gewerkschaftsvertreter beteiligt sind, führt auch der Leipziger Verein selbst durch; sie hat sich bisher auf 6611 Kriegsbeschädigte erstreckt.

Während die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte in Dresden in der Hauptsache vom Zentralarbeitsnachweis ausgeübt wurde, besteht beim Verein Heimatdank in Leipzig eine besondere Arbeitsvermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte, der im Jahre 1917 3294 offene Stellen gemeldet wurden und die 2081 Stellen besetzen konnte. Von den Kriegsbeschädigten erhielten Stellung seit Gründung des Vereins 3214 = 48,62 Proz. im früheren Beruf, 775 = 11,72 Proz. durch Berufswechsel und 183 = 2,77 Proz. bei Behörden. Der Leipziger Verein

Abzahlung des Preises der abgegebenen Möbel. Nur dadurch könnte den privaten Abzahlungsgeſchäften das Waſſer abgegraben und der Möbelkäufer vor Abhängigkeit und Ueberborteilung durch die Geſchäfte bewahrt werden.

Weitere Schritte ſind Sache der Kriegswucherämter, die entſchiedener als es bisher geſchehen iſt gegen die Preiſtreiber und Wucherer auf dem Gebiete des Möbelhandels vorgehen müßten. Die nötigen Unterlagen würden verhältnismäßig leicht durch die Preiſprüfungsstellen zu beſchaffen ſein, vielleicht auch durch öffentliche Aufforderungen zur Meldung ſolcher Perſonen, die beim Möbelkauf überborteilt zu ſein glauben und deren Angaben durch die Preiſprüfungsstellen zu unterſuchen und an die Kriegswucherämter weiterzuleiten wären. Paul Barthel.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutſchen Gewerkschaften.

Die „Deutſche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ berichtet, daß die Generalkommiſſion Ende März d. J. eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag gerichtet habe, in der eine geſchliche Regelung der Arbeitsloſenverſicherung und Arbeitsvermittlung gefordert werde. Dieſe Mitteilung eilt den Tatſachen voraus. Die Eingabe befindet ſich noch im Stadium der Vorbereitung, da zwiſchen den Centralen der verſchiedenen Gewerkschaftsrichtungen und Angeſtelltenverbänden eine Verſtändigung über eine gemeinſame Eingabe erfolgen ſoll.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ teilt mit, daß am 25. Juni eine gemeinſame Konferenz der Vorſtände der vier Bergarbeiterorganisationen ſtattgefunden habe, um über eine gemeinſame Eingabe betr. Lohnerhöhung für alle Bergarbeiter ſich zu verſtändigen. In der Eingabe wird gefordert:

1. Für Hauer und Lehrhauer einen Durchſchnittslohn von 15 Mk. pro Schicht, excluſiv Kindergeſold und etwaiger anderer Teuerungszulagen.
2. Für erwachſene männliche Schichtlöhner unter und über Tage eine Lohnerhöhung von mindteſtens 2 Mk. pro Schicht.
3. Für weibliche und jugendliche Arbeiter eine Lohnerhöhung von mindteſtens 1 Mk. pro Schicht.
4. Eine Verdoppelung des Kindergeſoldes.

In einer weiteren Eingabe an Reichſtanzler, Bundesrat und Reichstag wird erſucht, den Knappſchaftsvereinen die durch die Kriegswirkungen erwachſenen Mehrbelastungen aus Reichsmitteln zu erſtatten.

Der Centralverein der Bildhauer hatte am Schluſſe des 1. Quartals d. J. 833 Mitglieder. Die Einnahmen im 1. Quartal betragen 10 089 Mk., die Ausgaben 8890 Mk.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zählte im 1. Quartal d. J. 35 193 Mitglieder gegenüber 32 984 im vorigen Quartal.

Der Fürſchner-Verband ſchloß das 1. Quartal d. J. mit 10 266 Mk. Einnahmen und 21 944 Mk. Ausgaben ab, woraus ſich 11 688 Mk. Mehrausgaben ergeben. Das Verbandsvermögen betrug am Quartalsſchluß 76 871 Mk. — Wie der „Fürſchner“ berichtet, iſt an Stelle des zurücktretenden Verbandsvorſitzenden Delsner-Hamburg, Wilhelm Bärwinkel-Arnſtadt vorgeschlagen, der ſeit 1910 in Arnſtadt als Arbeiterſekretär tätig iſt und auch in den Landtag des Fürſtentums Schwarzburg-Rudolſtadt gewählt wurde.

„Der Landarbeiter“ teilt den Mitgliedern des Landarbeiterverbandes die vorzügliche Reichstagsrede Bauers vom 4. Juni d. J. über die Behandlung der polniſchen Landarbeiter und des Landarbeiterverbandes ſeitens verſchiedener ſtellvertretenden Generalkommandos mit und zieht aus den darin angeführten Mißständen den Schluß, daß die Landarbeiter ſich eine derartige Behandlung gefallen laſſen müſſen, weil ihre Organisation noch nicht über die Stärke verfügt, die zur vollen Wahrnehmung ihrer Interellen notwendig iſt. Die Landarbeiterſchaft werde erſt zukünftig der notwendigen Wertſchätzung teilhaftig werden, wenn der Verband groß und ſtark geworden ſei: „Daß es dahin kommt, dafür wollen wir alle ſorgen.“

Der Verband aller in der Leder- und Lederhandſchuhinduſtrie beſchäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen konnte am 1. Juli d. J. das 25jährige Jubiläum der Verſchmelzung der bis 1893 beſtandenden beiden Gerberorganisationen begehen. Der Weißgerberverband hatte ſchon 1892 durch Beſchluß ſeiner Generalverſammlung den Lohgerbern den Weg zum Uebertritt geöffnet. Die Lohgerber beſchloſſen darauf die Auſlösung ihres Verbandes und den Uebertritt zu den Weißgerbern. Die gemeinſame Organisation nahm am 1. Juli 1893 ihre Tätigkeit als Lederarbeiterverband auf.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker beklagt das Ableben eines verdienstvollen Mitgliedes, des Kollegen Hermann Rudolph in Nürnberg. Der Verſtorbene war lange Jahre Beſitzer im Reichsverſicherungsamt, beim Schiedsgericht für Arbeiterverſicherung in Nürnberg, beim Gewerbegericht und Mitglied des Nürnberger Gemeindefollegiums.

Der Centralverband der Steinarbeiter hat an die Kriegsminiſterien und andere Reichsbehörden eine Eingabe betr. Verurlaubung von Facharbeitern aus der Steininduſtrie zum Zwecke der Erzeugung von Bau- und Straßenbaumaterialien gerichtet.

Der „Tabakarbeiter“ berichtet über eine Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände in Bremen vom 30. Juni d. J., die ſich mit der Lohnfrage und der Unterſtützung der inſolge der Betriebseinſchränkungen arbeitsloſ gewordenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen beſchäftigte. Die Konferenz einigte ſich auf folgende an die Fabrikanten zu ſtellenden Forderungen bezüglich der Lohnfrage:

1. Die während des Krieges gewährten Zulagen ſind auf mindteſtens 100 v. G. des Lohnes, wie er im letzten Jahre vor dem Kriege gezahlt wurde, zu erhöhen.

2. Die Tabakarbeiterſchaft erwartet, daß die bewilligten Teuerungszulagen nach dem Kriege allgemein in feſte Lohnzulagen umgewandelt werden.

Ueber die Durchführung der Kriegswohlfahrtspflege wurde lebhaft Klage geführt und die Leitung der drei Verbände beauftragt, das Erforderliche zu veranlaſſen. Aber auch die Tabakarbeiter in den einzelnen Orten ſeien aufzufordern, in dieſer Sache regſamer als bisher zu ſein. Die drei Organisationen der Tabakarbeiter haben ferner an sämtliche Staatsbahnverwaltungen Eingaben gerichtet mit dem Erſuchen um die Gewährung freier Hin- und Rückfahrt an ſolche arbeitsloſ gewordenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die nach entfernten Arbeitsplätzen Arbeit angenommen haben. Ebenſo möchte verheirateten Arbeitern und Arbeiterinnen in beſtimmten Zwischenräumen bei etwaigem Arbeitsurlaub freie Eiſenbahnfahrt von der Arbeitsſtätte

Möbelerzeuger und Möbelhändler zurückzuführen ist. Das zeigt sich besonders im Handel von Altmöbeln, für die Möbeltrödler durch Anzeigen in den Tageszeitungen schon um 350 Proz. höhere Preise geboten haben, als früher gezahlt wurden, so daß beim Weiterverkauf eines alten Möbelstückes durch den Altmöbelhändler natürlich ein Vielfaches des Preises gefordert wird, der früher für dasselbe Möbel im ungebrauchten Zustande verlangt und gezahlt worden ist. Wie für gebrauchte, so sind auch die Preise für neue Möbel ganz außerordentlich gestiegen. Neuer Hausrat wird heute schon zum Fünffachen des Preises gehandelt, der vor dem Kriege und in den ersten Kriegsjahren üblich war. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß die Preise der Rohstoffe, besonders des Holzes, und die Herstellungskosten in den vier Kriegsjahren gestiegen sind, so steht doch die Preissteigerung für das fertige Produkt in gar keinem Verhältnis zu diesen erhöhten Herstellungskosten.

Diese Zustände werden sich zweifellos noch bedeutend verschlimmern, wenn ihnen nicht bald und mit aller Entschiedenheit entgegen gewirkt wird. Denn der Friedensschluß wird mit dem gesteigerten Wohnungsbedarf auch eine weitere gewaltige Steigerung des Möbel- und Hausratbedarfs mit sich bringen, sobald die jetzt noch im Felde stehenden kriegsgetrauten Soldaten in das bürgerliche Leben zurückkehren und eigene Hausstände zu begründen bemüht sein werden, und sobald zahlreiche andere, die wegen des Krieges ihre Eheschließung hinausgeschoben haben, heiraten und einen eigenen Hausstand schaffen wollen. Es wird sich daher nicht mehr darum handeln, der gegenwärtigen Preistreiberei und dem schon herrschenden Möbel- und Hausratwucher einen Damm entgegenzusetzen, sondern man wird auch Mittel suchen und Wege beschreiten müssen, um der weiteren Steigerung des Bedarfs an Möbeln und Hausrat im Interesse der kriegsgetrauten und der die Eheschließung planenden Bevölkerungskreise entgegenzukommen und eine wucherische Ueberschätzung dieser Kreise beim Kauf von Möbeln zu verhüten.

Eine Wirksamkeit in dieser Richtung ist in erster Linie die Aufgabe der Gemeinden. Diese werden Einrichtungen schaffen müssen, um den Altmöbelhandel dem Wucher der Möbeltrödler zu entziehen und unbenutzte alte Möbel und Einrichtungsgegenstände zu angemessenen Preisen der Benutzung durch Möbelbedürftige wieder zugänglich zu machen. Und sie werden auch Maßnahmen zur Steigerung der Erzeugung neuer Möbel zu treffen haben.

Zu diesem Zwecke müßte zunächst auf dem Gebiete des Altmöbelhandels der private Möbeltrödel ausgeschaltet und die Bewirtschaftung der Altmöbel in gemeindliche Verwaltung oder wenigstens unter gemeindliche Aufsicht gebracht werden, sofern diese Bewirtschaftung privaten Körperschaften, gemeinnützigen Gesellschaften und Vereinigungen überlassen oder übertragen wird. Die Bewirtschaftung der Altmöbel müßte ihren Aufkauf, ihre Instandsetzung und ihren Verkauf umfassen.

Eine Vorbedingung des Aufkaufs gebrauchter Möbel und Einrichtungsgegenstände ist ein Verbot von Möbelversteigerungen sowie jedes privaten An- und Verkaufs alten Hausrats durch Händler oder vorgeschobene Privatpersonen. Hinter den im Anzeigenteil der Zeitungen angekündigten sogenannten „Verkäufen aus Privathand“ stehen in den meisten Fällen ebenfalls Händler, und bei den Versteigerungen hat sich ein Schiebertum herausgebildet, das den privaten Mitbieter gar nicht aufgenommen läßt. Alle Altmöbel, Nachlässe usw. müßten

dafür von Beauftragten der gemeindlichen Altmöbelstelle aufgekauft werden zu Preisen, die dem normalen Werte der Altmöbel angemessen sind; diese Preise würden, wenn eine Einigung mit dem Verkäufer nicht zu erzielen ist, durch einen vereidigten Taxator festzustellen sein. Gegebenenfalls würde auch die Beschlagnahme von Nachlässen und allen unbenutzten Möbeln für die städtische Bewirtschaftung durchgeführt werden müssen. — Eine reiche Quelle für die Erwerbung von Altmöbeln bieten zweifellos in der Zeit nach Friedensschluß die für die Kriegszeit eingerichteten Schreibstuben und Verwaltungsräume der Militärbehörden in der Heimat und in den Stappen. Die Gemeinden müßten schon jetzt bemüht sein, sich die in diesen Bureaus stehenden Möbel, sobald sie nicht mehr gebraucht werden, unter Ausschaltung privater Aufkäufer bei den Militärbehörden zu sichern.

Zur Instandsetzung gebrauchter Möbel und Einrichtungsgegenstände müßten Einrichtungen getroffen werden, die, wenn sie nicht unmittelbar von den Gemeinden selbst verwaltet werden, unter deren Aufsicht stehen müßten.

Zum Verkauf der aufgefertigten Altmöbel müßten diese in der Altmöbelstelle ausgestellt werden. Die Abgabe müßte zu einem billigen Preise erfolgen, der aus den Anschaffungs- und Instandsetzungskosten zuzüglich eines kleinen Aufschlags für Verwaltung, Miete der Ausstellungsräume usw. zu berechnen wäre. Der Verkauf sollte, wie die Kleiderabgabe, nur gegen Bezugsschein erfolgen.

Die Förderung der Erzeugung neuer Möbel erfordert in erster Linie große Geldmittel, die von den Gemeinden flüssig gemacht und für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden müßten, unter Umständen als Grundstock für eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht, die unter Mitwirkung der betreffenden Stadtverwaltung und unter Heranziehung aller in Frage kommenden Kreise zu begründen wäre. In einer Reihe deutscher Städte, so in Breslau, Nürnberg, Magdeburg, Kiel usw. wurde dieser Weg bereits beschritten oder seine Beschreibung vorbereitet.

Da diese Ausführung aber vollständig von der ausreichenden Beschaffung der Rohstoffe, besonders des Holzes, abhängt, müßte die Stadt oder die von ihr ins Leben gerufene G. m. b. H. bemüht sein, sich durch große Abschlüsse diese Rohstoffe zu möglichst günstigen Bedingungen zu sichern. Ebenso müßte versucht werden, das jetzt von den Militärbehörden für Kriegsführungszwecke benötigte Holz nach Friedensschluß durch die Gemeinden zu erwerben und der Möbelversorgung nutzbar zu machen.

Um der möbelbedürftigen Bevölkerung die Möglichkeit eines Ueberblicks über die verschiedenen Möbel- und Einrichtungstypen zu geben, würden von der Gemeinde oder der G. m. b. H. Ausstellungsräume einzurichten sein, die je ein Stück oder je eine Einrichtung der verschiedenen Typen enthalten müßten.

Auch die Abgabe der neuen Möbel müßte zu einem möglichst niedrig zu bemessenden Preise erfolgen, der aus den Herstellungskosten zuzüglich eines kleinen Gewinnzuschlags zu berechnen wäre. Die Kriegsteilnehmer und Kriegsgetrauten, die im Felde keine Gelegenheit hatten, die zum Kauf einer Einrichtung notwendigen Mittel zu ersparen, sind auf deren Anschaffung nach dem System der Abzahlung angewiesen. Dieser Sachlage müßten die Gemeinden gerecht werden durch die Festsetzung einer leicht erschwingbaren Anzahlung und einer langsame

zum Heimatsort und zurück gewährt werden. Das bayerische Verkehrsministerium hat diese Eingabe bereits mit dem Hinweis auf die schon eingeführten Fahrpreisermäßigungen für solche Fälle beantwortet, nach denen für weitergehende Fahrfreiheit ein Bedürfnis nicht gegeben erscheine.

Der Centralverband der Zimmerer verzeichnete nach seiner Statistik vom 1. Quartal d. J. in 611 Zahlstellen 19 740 Mitglieder. Die Einnahmen der Zahlstellen beliefen sich im 1. Quartal 1918 auf 147 083 M., die örtlichen Ausgaben auf 78 697 M. Das Vermögen des Verbandes betrug 5 164 294 M., wovon 798 530 M. in den Zahlstellen vorhanden waren.

Die „Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung“ ist in ihrer Nr. 14 als Agitationsausgabe für die Näherinnen erschienen; für Agitationsbedarf werden die erforderlichen Exemplare zur Verfügung gestellt.

Kongresse.

13. Verbandstag der Vötker Deutschlands.

Würzburg, den 17.—20. Juni 1918.

Der Verbandstag sollte bereits Anfang August 1914 stattfinden, doch wurde die Tagung durch den inzwischen ausgebrochenen Krieg unmöglich gemacht. Erst jetzt haben sich die Verhältnisse soweit geklärt, daß der Verbandstag möglich war.

Die Einleitung der Verhandlungen war recht tragisch. Der Vorsitzende machte nämlich vor Eintritt in die Verhandlungen die Mitteilung, daß der Hauptkassierer sich in Bremen wenige Tage vor Stattfinden des Verbandstages erschossen habe. Die sofort vorgenommene Kassenrevision ergab als vorläufiges Resultat einen Fehlbetrag von 26—27 000 M. Da die Zeit bis zur Abreise nach Würzburg sehr knapp war, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob diese Revision bereits alles zutage gefördert hat. Diese Summe kann deshalb nur als vorläufige Feststellung gelten.

Anwesend waren auf dem Verbandstag 31 Delegierte mit Mandat, außerdem der Vorsitzende des Vorstandes, der Vorsitzende des Ausschusses, 3 Gauleiter und ein Vertreter der Generalkommission.

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes lag gedruckt vor. Aus demselben geht hervor, daß der Vorstand während der Kriegszeit sich nach Möglichkeit der Aufgaben entledigte, die ihm durch die durch den Krieg geschaffene Situation oblagen. Dazu ist zu zählen: Die Einschränkung der Unterstützungseinrichtungen, die Unterstützung der Kriegerfamilien, die bis zum Schluß des Jahres 1917 die Summe von 69 577 M. erforderte; sodann die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Stodung des Wirtschaftslebens, besonders zu Beginn des Krieges, in erheblichem Umfange bei den Vötkern zu verzeichnen war. Und schließlich die Erriingung von Teuerungszulagen für die Vötker Deutschlands.

Wie stark die Einziehungen die Mitgliedschaft verringerten, geht daraus hervor, daß, während am Schlusse des Jahres 1913 der Verband 8852 vollzahlende Mitglieder hatte, Ende des Jahres 1917 nur noch 2880 Mitglieder vorhanden waren. Seitdem ist allerdings eine immerhin nennenswerte Aufwärtsbewegung zu verzeichnen, so daß angenommen werden darf, daß der Tiefstand in bezug auf die Mitgliederzahl überschritten ist.

Die im Laufe des Krieges eingetretene gewaltige Teuerung der notwendigsten Lebensmittel und son-

stigen Bedarfsartikel veranlaßte den Vorstand, in umfangreichem Maße für Teuerungszulagen allerorts einzutreten. Die Tätigkeit hatte auch durchgehends Erfolg.

Das Hilfsdienstgesetz brachte dem Vorstand erneute Verpflichtungen, die dadurch besonders schwierig wurden, daß die im Bureau des Vorstandes angestellten Kräfte sich von anfangs 4 auf zurzeit 1 Mann verringerten.

Die zu Anfang des Krieges vollständig aufgehobene Krankenunterstützung konnte am 1. April 1915 bereits wieder mit der Hälfte der statistisch festgelegten Sätze zur Einführung kommen.

Die bei Kriegsbeginn gehegte Befürchtung, daß der Verband den an ihn gestellten Anforderungen während der Kriegsbauer nicht gewachsen sein würde, hat sich glücklicherweise nicht erfüllt. Obgleich diese Anforderungen recht erheblich waren, so gelang es doch, über alle Fährnisse hinwegzukommen, so daß heute gesagt werden kann, daß der Verband den Krieg sicher überdauern wird.

Die Kassenverhältnisse sind zwar während des Krieges großen Schwankungen ausgesetzt gewesen, können aber schließlich zurzeit als durchaus gefestigt angesehen werden. Am 31. Dezember 1913 war ein Kassenbestand von 192 065,59 M. vorhanden und am 31. Dezember 1917 206 094,44 M.

Der Redakteur des Verbandsorgans, Fritz Holtmann, der seit dem Jahre 1885 bis Dezember 1917 ununterbrochen diesen Posten versah, ist im Dezember 1917 gestorben und seitdem wird das Verbandsorgan vom Vorsitzenden des Verbandes, Genossen Winkelmann, hergestellt.

In der äußerst lebhaften Diskussion hat natürlich die Frage der Unterschlagung durch den Kassierer eine große Rolle gespielt; im übrigen aber ist die Tätigkeit des Vorstandes als ersprießlich für den Verband anerkannt und gutgeheißen worden. Da der Vorsitzende, Genosse Winkelmann, ausdrücklich erklärt hatte, daß er in den Vorstandskonferenzen bei den verschiedenen Fragen mit der Mehrheit gestimmt habe, ist damit auch die Haltung der Vorstandskonferenz von der Generalversammlung gutgeheißen worden.

Aus dem Bericht des Ausschusses ging hervor, daß in den wesentlichsten Fragen Vorstand und Ausschuss übereinstimmen; lediglich in einigen einzelnen Unterstützungsfragen entschied der Ausschuss anders als der Vorstand es getan hatte.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, Revision der Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen, brachte eine Reihe von wichtigen Änderungen im Unterstützungswesen des Verbandes. Der Vorsitzende hat zu diesem Zweck eine Vorlage mit allen Einzelheiten ausgearbeitet und dem Verbandstag gedruckt vorgelegt. Genosse Winkelmann begründete diese Vorlage und trat den Abänderungsanträgen entgegen mit der Mitteilung, daß das, was der Vorstand an Beiträgen fordere, es nicht zulasse, daß an Unterstützungen mehr gegeben werde als in der Vorlage enthalten sei. Alle Anträge, die in bezug auf Unterstützungen über die Anträge des Vorstandes hinausgehen, würden erforderlich machen, daß auch ein höherer Beitrag gezahlt wird als die Vorstandsvorlage fordert.

Nach einer ausführlichen Diskussion wurde schließlich die Vorstandsvorlage mit 26 gegen 6 Stimmen angenommen. Nach dieser Vorlage beträgt der wöchentliche Beitrag 85 Pf. Die Unterstützungssätze betragen:

1. Erwerbsunfähige Kranke.

Nach 52wöch. Beitragsz. f. 42 Tage p. Tag	Mf. 0.50 =	Mf. 21,-
104	50	0.50
156	60	1.-
208	60	1.25
260	70	1.25
416	70	1.50
520	80	1.50

2. Arbeitslose.

Nach 52wöch. Beitragsz. f. 42 Tage p. Tag	Mf. 1.- =	Mf. 42,-
104	50	1.20
156	60	1.50
208	70	1.75
260	80	2.-
416	80	2.25
520	80	2.50

Die Reiseunterstützung wird vollständig gestrichen und die auf der Reise befindlichen Mitglieder als Arbeitslose nach den Bestimmungen des Statuts behandelt.

Die Streikunterstützung wird in folgender Weise geregelt:

Für ledige Mitglieder . . . 16,- Mf. pro Woche
für verheiratete Mitglieder . . . 21,-

Außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mf., bis zum Höchstfalle von 5 Kindern und 26 Mf. Unterstützung.

Die Unterstützung in Sterbefällen ist entsprechend dem Antrage des Vorstandes wie folgt geregelt:

Bei Sterbefällen ist den Frauen der verstorbenen Mitglieder, sowie auch beim Ableben der Frau dem Mitgliede eine Unterstützung zu zahlen:

nach 156wöchiger Beitragszahlung	25,- Mf.
" 260 "	50,- "
" 364 "	60,- "
" 520 "	70,- "

Des weiteren hat die Frage der Unterstützung invalider Mitglieder in folgender Weise eine Neuregelung erfahren:

Invalide und dauernd erwerbsunfähige Mitglieder, die unter den im § 27 festgelegten Voraussetzungen als Ehrenmitglieder in den Beitragslisten geführt werden, zahlen einen Wochenbeitrag von 10 Pf. Zur Unterstützung der Ehrenmitglieder wird ein obligatorischer Wochenbeitrag von 5 Pf. von jedem Mitgliede des Verbandes ab 1. Juli 1918 erhoben. Aus dem so zu schaffenden Fonds können in den Beitragslisten als Ehrenmitglieder Eingetragene eine Unterstützung von 20 Mf. pro Quartal erhalten. Die erste Unterstützung wird ab 31. März 1919 gezahlt. Der Anspruch auf Unterstützung im Sterbefall bleibt bestehen. Sollten die zum Invalidenfonds gesteuerten Beiträge nicht ausreichen, die übernommenen Pflichten zugunsten der Invaliden leisten zu können, dann steht dem Vorstande das Recht zu, eine Erhöhung des Beitrages von 5 bis 10 Pf., resp. der Höhe der Ausgabe entsprechend zu erheben.

Das neue Statut tritt am 1. Juli d. J. in Kraft, bis auf die neuen Unterstützungsätze, die erst mit dem 1. Januar 1919 in Kraft treten.

Die nach dem 1. Januar 1919 aus dem Seeresdienst entlassenen Mitglieder brauchen eine Wartezeit nicht durchzumachen; sie können unter der Voraussetzung, daß sie die Bezugsberechtigung bis zum Eintritt in den Seeresdienst erworben hatten, und den erhöhten Beitrag zahlen nach erfolgter Entlassung die nach den neuen Satzungen des Verbandes feststehenden Rechte in Anspruch nehmen.

Sodann hielt der Bezirksleiter, Kollege Wagner, einen Vortrag über die Aufgaben des Verbandes nach erfolgter Demobilisierung und kam zu dem Ergebnis, daß es der intensivsten Mitarbeit aller Verbandsmitglieder bedarf, um den wichtigen Aufgaben,

die dem Verband während dieser Zeit erwachsen, gerecht zu werden.

Als Sitz des Verbandes wurde wieder Bremen bestimmt, als Sitz des Ausschusses Hannover. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Genosse Winkelmann wieder bestimmt und zum Vorsitzenden des Ausschusses Genosse Vöttcher (Hannover). An Stelle des aus dem Leben geschiedenen bisherigen Hauptkassierers wurde der Gauleiter Wagner gewählt. Von weiteren Anstellungen wurde zunächst Abstand genommen, um die weitere Entwicklung abzuwarten.

Schließlich wurde noch die Gehaltsfrage für die Angestellten geregelt, die als dringend notwendig von allen Delegierten anerkannt wurde. Es ist beschlossen worden, mit allen Angestellten einen Anstellungsvertrag abzuschließen, so daß die gegenseitigen Rechte bestimmt umschrieben werden.

Zum Schluß machte der Vorsitzende noch darauf aufmerksam, daß sich mit Beendigung des Krieges wahrscheinlich sehr schnell wieder ein Verbandstag nötig macht, um zu der dann vorliegenden Situation Stellung zu nehmen.

Damit waren die Aufgaben des Verbandstages erledigt.

Privatversicherung.

Fünfte Generalversammlung der Volksfürsorge.

Am 24. Juni fand im Sitzungssaale des Centralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg die fünfte Generalversammlung der „Gewerkschaftlichen Genossenschaftlichen Versicherungs-V. G. Volksfürsorge“ statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Bauer-Becklin, eröffnete und leitete die Tagung. Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht, von dem wir die Abrechnung bereits im Auszug in Nr. 26 dieses Blattes veröffentlicht haben, wurde von dem geschäftsführenden Vorstandsmitgliede, Herrn Lesche, mündlich ergänzt und erläutert. Die Wirkungen des Krieges machen sich immer fühlbarer; während der vierjährigen Dauer seien bereits 127 Angestellte zum Kriegsdienst eingezogen, bei 116 am Kriegeausbruch beschäftigten Personen, und 20 hätten leider bereits ihren Tod gefunden. Von 531 Rechnungsstellen der Volksfürsorge seien nur noch 364 im Betrieb, während 602 Rechnungsführer dem Kriegsdienst folgen mußten. Infolge steter Anregungen der Hauptverwaltung und hingebender Arbeit der Vertrauensmänner, worunter der Mitarbeit vieler Frauen zu danken sei, ist die Zahl der Anträge trotzdem gestiegen. Im Jahre 1917 gingen 38 966 Anträge ein, davon 35 966 auf Kapitalversicherung mit einer Versicherungssumme von 9 055 946 Mf., 2909 auf Sparversicherung und 91 auf Risikoversicherung mit einer Versicherungssumme von 52 768,10 Mf. Abgeschlossen wurden 35 624 Kapitalversicherungen auf 8 920 380 Mf., 2853 Sparversicherungen und 84 Risikoversicherungen auf 48 031,30 Mf., zusammen 38 561 Versicherungen auf 3 968 411,30 Mf. Der Versicherungsbestand stieg bis Ultimo 1917 auf 227 183 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 37 156 660 Mf. Davon waren Kapitalversicherungen 157 056 auf 34 582 821 Mf., Spar- und Risikoversicherungen 68 358 und 1769 auf 2 563 839 Mf. Die übrigen Zahlen des Geschäftsberichts ergeben sich aus der veröffentlichten Abrechnung.

Das Geschäftsjahr 1918 zeigt bereits eine weitere Besserung; denn bis jetzt sind schon gegen 35 000 Anträge eingegangen, so daß mit einer Verdoppelung der abzuschließenden Versicherungen zu rechnen ist. Mit Eintritt friedlicher Verhältnisse darf der Volksfürsorge ein glänzender Aufschwung vorausgesagt werden, wenn die an ihrer Begründung be-

teiligten Organisationen auch weiterhin an ihrer Weiterentwicklung mitarbeiten.

Der Bericht des Aufsichtsrates schloß sich dem des geschäftsführenden Vorstandes an. Beide Körperschaften haben miteinander in bester Eintracht gearbeitet, so daß alle Beschlüsse einmütig gefaßt werden konnten. Der erfreuliche geschäftliche Erfolg, der trotz der Kriegsschwierigkeiten zu verzeichnen sei, ist der unermüdbaren Arbeit der Geschäftsleitung und der Hingabe der Angestellten und ehrenamtlichen Funktionäre zu danken.

In der anschließenden Debatte über den Geschäftsbericht beklagte Herr Krings-Essen die Herabsetzung der Inkassogebühren bei dem neu eingeführten Tarif IIa auf 3 Proz. Herr Lesche entgegnet, daß dieser Tarif zugunsten der Versicherten eingeführt worden sei und nur monatliches Inkasso vorzusehe, also mit verminderten Inkassogeschäften rechne. Ein Ausgleich für die Funktionäre solle auf anderen Gebieten herbeigeführt werden.

Namens der Revisionskommission berichtete Herr Junger-Berlin, daß bei den vorgenommenen Revisionen die Führung der Bücher und die Verwaltung der Wertbestände in bester Ordnung befunden worden seien. Der bestellte Revisor, Herr Wästlein-Hamburg, berichtet, daß er am 17. und 18. Mai d. J. die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und die dazugehörigen Unterlagen einer eingehenden Prüfung unterzogen und am 31. Dezember 1917 die Vermögensbestände der Gesellschaft nachgeprüft und festgestellt habe. Unter Zugrundelegung der mathematischen Unterlagen habe sich die volle Richtigkeit der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung ergeben.

Sodann erfolgt die Genehmigung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1917 und die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig durch Aufheben der Stimmentarten.

Ueber die Verwendung des Ueberschusses unterbreiten Vorstand und Aufsichtsrat der Generalversammlung einen Antrag, wonach von dem erzielten Ueberschuß von 389 335,53 Mk. gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages zuzuteilen sind: 1. dem gesetzlichen Reservefonds 5 Proz. = 19 466,78 Mk.; 2. dem Organisationsfonds 5 Proz. = 19 466,78 Mk.; 3. dem Kriegsreservefonds 5 Proz. = 19 466,78 Mk.; 4. dem Fonds für besondere Reserven 5 Proz. = 19 466,78 Mk.; den Aktionären an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital 40 000 Mk.; 6. der Gewinnreserve der Versicherten 10 Proz. der 2 729 140,80 Mk. betragenden Jahresprämien mit Gewinnbeteiligung (272 914,08 Mk. abzüglich 4789,32 Mk. verrechneter, aber nicht zur Ausschüttung gekommener Gewinnanteile) = 268 124,76 Mk. Der Rest von 3343,85 Mk. ist auf neue Rechnung vorzutragen. Die Annahme dieses Antrags erfolgt einstimmig.

Bei der Wahl des Revisors wurde Herr Wästlein wiedergewählt. Ebenso wurden die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Herren Cherb, Schlick, Hoffmann und Junger wiedergewählt. Daraufhin wurde die Generalversammlung geschlossen.

Mitteilungen.

Der Nr. 29 des „Correspondenzblattes“ wird die Statistische Beilage: „Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1917“ beigegeben werden. Die Nummer erscheint 32 Seiten stark. Die Generalkommission.

Quittung

über die im Monat Juni 1918 bei der Generalkommission eingegangenen Beiträge:

Verb. d. Kürschner für 4. Quart. 1917	60,30 Mk.
„ „ Maler für 4. Quart. 1917	681,90 „
„ „ Porzellanarbeiter für 4. Qu. 1917	253,85 „
„ „ Bauarbeiter für 1. Quart. 1918	3687,20 „
„ „ Buch- u. Steindruckerei-Gilfsarb. für 1. Quart. 1918.	882,50 „
„ „ Gemeinde- u. Staatsarbeiter für 1. Quart. 1918	1591,80 „
„ „ Kupferschmiede für 1. Quart. 1918	181,40 „
„ „ Tapezierer für 1. Quart. 1918.	112,55 „

Berlin, den 1. Juli 1918.

Hermann Kube.

Literatur.

Literatur über Arbeitsvermittlung.

- Dr. R. Blaum. Die Arbeitsvermittlung im Kriegsbekleidungs-gewerbe des Elsaß. 50 S. Lub. Deusts Verlag, Straßburg.
- Dr. O. Beder. Die Regelung des ausländischen Arbeiterwesens in Deutschland. 119 S. 3,60 Mk. Karl Heymanns Verlag, Berlin.
- Die Regelung der Wanderarmenfürsorge in Europa und Nordamerika. 144 S. 5 Mk. Karl Heymanns Verlag, Berlin.
- Dresden. Bericht des Centralarbeitsnachweises f. d. Bezirk der Kreishauptmannschaft 1917. 112 S.
- Tagung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände 1917 zu Berlin. 39 S.
- B. Wöbbling. Der Arbeitsnachweis. Handbuch für den Gebrauch bei der Stellenvermittlung im Deutschen Reich. 214 S. J. Guttentag, Berlin.

Publikationen anderer Organisationen.

- Bund Deutscher Frauenvereine. Denkschrift über Sozialpolitische Aufgaben der Uebergangswirtschaft mit Bezug auf die Probleme der Frauenarbeit. Berlin.
- Gesellschaft für Soziale Reform. Eingabe über Verhandlung der Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft. Berlin.
- Gesellschaft f. Soziale Reform. Der Tag der Heimkehr. Soziale Fragen der Uebergangswirtschaft. 103 S. 2 Mk. Gustav Fischer, Jena.
- Auskunftsstelle für Heimarbeitsreform. Denkschrift über die Versicherung der Hausgewerbetreibenden. 23 S. Berlin.
- Internationale Sozialisten Deutschlands. Demokratie und Freiheit. Von Jul. Borchardt. 1. Amerikanische Freiheit. 39 S. 2. Die Selbstregierung des Volkes in England. 34 S. 3. Frankreich. 38 S. 1,20 Mk. Zeitschriftenverlag Georg Sturm, Berlin.
- Kaufmännischer Verein von 1858. Bericht über 1917. Kriegswirtschaftliche Vereinigung. Eingabe betr. Beschleunigung der Reichsfinanzreform. Berlin.
- Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner. Eingabe betr. Uebernahme der Feuerversicherung durch das Reich usw. München.
- Volkbund für Freiheit und Vaterland. Um Freiheit und Vaterland. (Neben des Abg. Giesberts, Prof. Meinede und des Abg. Bauer, sowie Aufruf.) 47 S. Friedr. Andr. Berthels, Gotha.

Sozialpolitische Literatur.

- Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung. Von Dr. H. Braun. 5. Bd. S. 4-6. Jul. Springer, Berlin.
- Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Von E. Jaffé. 44. Bd. 2. H. J. C. D. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.